

TIMO J. CELEBI, *Die weißen Flecken auf der Hochschulkarte und regionale Neuordnungsversuche durch das nord-rhein-westfälische Gesamthochschulkonzept in den 1960er und 1970er Jahren*, in «Geschichte und Region / Storia e Regione» (ISSN 1121-0303), 26/2, (2017), pp. 92-114.

Uri: <https://heyjoe.fbk.eu/index.php/grsr>

Questo articolo è stato digitalizzato della Biblioteca Fondazione Bruno Kessler, in collaborazione con l'associazione [Geschichte und Region / Storia e regione](#) all'interno del portale [HeyJoe](#) - *History, Religion and Philosophy Journals Online Access*. HeyJoe è un progetto di digitalizzazione di riviste storiche, delle discipline filosofico-religiose e affini per le quali non esiste una versione elettronica.

Il materiale sul sito [HeyJoe](#) è disponibile sotto licenza CC BY-NC-ND 4.0: può essere scaricato, stampato e condiviso per uso non commerciale, con attribuzione e senza modifiche.

This article was digitized by the Bruno Kessler Foundation Library in collaboration with the [Geschichte und Region / Storia e regione](#) association as part of the [HeyJoe](#) portal - *History, Religion, and Philosophy Journals Online Access*. HeyJoe is a project dedicated to digitizing historical journals in the fields of philosophy, religion, and related disciplines for which no electronic version exists.

The material on the [HeyJoe](#) site is available under the CC BY-NC-ND 4.0 license: it can be downloaded, printed, and shared for non-commercial use, with attribution and without modifications.



Die weißen Flecken auf der Hochschulkarte und regionale Neuordnungsversuche durch das nordrhein-westfälische Gesamthochschulkonzept in den 1960er und 1970er Jahren

Timo Celebi

Die Ausgangslage: Fünf Gesamthochschulen für Nordrhein-Westfalen

Im Sommer 1972 eröffnete Johannes Rau als amtierender Minister für Wissenschaft und Forschung eine von insgesamt fünf Gesamthochschulen mit dem Statement:

„Wir gehen nach Duisburg, nach Essen, nach Paderborn, nach Siegen und nach Wuppertal, weil wir wissen, weil wir erkannt, erfahren und errechnet haben, daß in unserer Gesellschaft Bildung und Ausbildung das Leben und das Berufschicksal des einzelnen grundlegend mitbestimmen.“¹

Die fünf Gesamthochschulen wurden in den Arbeiterstädten und den ländlich geprägten Regionen des Landes gegründet, um „die bestehende Hochschulstruktur mit ihren Mängeln, mit ihren Versäulungen und ihren Abschottungen auf[zu]brechen“, wie Rau in einer späteren Publikation ausführte.² Über die gezielte Verteilung der Standorte wurde dem Gesamthochschulkonzept von seinen Gründern eine räumliche Dimension eingeschrieben, die die Idee eines zusammenhängenden Hochschulsystems beinhaltet, in dem Aufgaben in Forschung und Lehre durch Schwerpunktbildungen geteilt werden sollten. Die räumliche Verteilung dieser Neugründungen und ihre bauliche Anlage waren mit dem Ziel verbunden, das Hochschulangebot über die bestehenden Universitäten in Aachen, Bonn, Bochum, Düsseldorf, Dortmund, Köln und Münster hinaus zu erweitern und den gesamten Hochschulraum des Landes bis in die 1980er Jahre neu zu strukturieren. Durch die Einverleibung der bestehenden Hochschulen sollte das Hochschulwesen institutionell vereinheitlicht werden, um damit langfristig eine „neue Hochschulstruktur“ zu etablieren und die weißen Flecken auf den raumplanerischen Hochschulkarten zu füllen, die seit der Mitte der 1960er Jahre vom Raumplaner Clemens Geißler für die Bundesrepublik diagnostiziert wurden.

1 Johannes RAU, Die Regionalisierung des Hochschulbaus. In: Presse- und Informationsamt der Landesregierung Nordrhein-Westfalen (Hg.), Gesamthochschule, Angebot und Herausforderung, Düsseldorf 1972, S. 29–32, hier S. 29.

2 Ministerium für Wissenschaft und Forschung, Gesamthochschulen in Nordrhein-Westfalen, Materialien zu Aufbau, Entwicklung und Funktion, Düsseldorf 1979, S. 9.

Das Ergebnis dieser landespolitischen Maßnahmen sollte ein einheitlicher Bildungs- und Wissenschaftsraum sein.³ In Anbetracht der Dimension und Komplexität dieses Hochschulprojektes wundert es nicht, dass mit der Eröffnung der fünf Gesamthochschulen eine kontroverse Diskussion um den Mehrwert dieser neuen Hochschulform einsetzte und Protest aus den bestehenden Universitäten des Landes laut wurde.⁴ Im Sommer 1972 wurden keine bezugsfertigen Hochschulen an die Gründungsrektorate übergeben. Viel eher bildeten die Eröffnungsfeiern im Sommer 1972 den Auftakt eines adaptiven Planungsprozesses für den Aufbau der Hochschulgebäude, die Etablierung der neuen Institution in der Hochschulöffentlichkeit sowie für den Ausbau von Kooperationen zwischen Stadt und Land über die Entwicklung von „anwendungsbezogenen“ Forschungsschwerpunkten und einer an der beruflichen Praxis orientierten Studienreform.⁵ Die Ausgestaltung von Forschung und Lehre, abgegrenzt „und verschieden von Forschungsschwerpunkten an den bereits bestehenden Hochschulen“, blieb von ministerieller Seite weitgehend offen, wie auch Fragen, die sich mit der Kollaboration von Universitätsprofessoren und Fachhochschullehrern in der Gesamthochschule ergaben.⁶ Der Duisburger Gründungsrektor Helmut Schrey beschrieb diese Leerstelle 1997 rückblickend als „unglaubliche Tatsache“, denn vor der Gründung der Gesamthochschulen habe es „keine detaillierteren inhaltlichen Vorgaben, die etwa die Studiengestaltung betrafen“⁷ vom Ministerium gegeben. Neben diesen institutionellen und reformpolitischen Leerstellen war die Planung und Entwicklung der Gesamthochschulen durch die stetige und wechselseitige Abstimmung mit den Städten, Bürger- und Studierendeninitiativen, Anwohnern und schließlich den frisch berufenen Gründungsrektoren bestimmt, die vom Ministerium für Wissenschaft und Forschung (MWF) sogar unter Berücksichtigung bestimmter Grenzen gewünscht war.⁸

3 Vgl. Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Thesen zur Planung und Errichtung von Gesamthochschulen, Stellungnahmen, Ratingen/Wuppertal/Düsseldorf 1971.

4 Vgl. Carl-Heinz DAVID, Hochschulautonomie und staatliche Integrationsbestrebungen, Bildung integrierter Gesamthochschulen in Nordrhein-Westfalen. Spiel ohne Grenzen? In: Die Deutsche Universitätszeitung vereinigt mit Hochschuldienst 1 (1977), S. 7–8.

5 Vgl. Gerhard RIMBACH, Vom Reformmodell zur modernen Universität. 20 Jahre Gesamthochschulen im Lande Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1992, S. 122–128.

6 Vgl. Harry HERMANN, Statusveränderungen von Professoren an Gesamthochschulen. Das Beispiel der Ingenieurwissenschaften. In: Harry HERMANN/Ulrich TEICHLER/Henry WASSER (Hg.), Integrierte Hochschulmodelle. Erfahrungen aus drei Ländern (259), Frankfurt a. M. 1982, S. 232–270.

7 Helmut SCHREY, 1972: Hochschulgründung ohne Mercator-Seekarte. In: Hans H. BLOTEVOGEL/René DIRVEN/Irmgard HANTSCH/Eckhart STÖVE/Rienk VERMIJ (Hg.), Zur Geschichte der Universität. Das „Gelehrte Duisburg“ im Rahmen der allgemeinen Universitätsentwicklung. Referate des 5. Mercator-Symposiums, 3.–4. Februar 1997 (Duisburger Mercator-Studien 5), Bochum 1997, S. 157–185, hier S. 157.

8 Vgl. RIMBACH, Vom Reformmodell zur modernen Universität; Vgl. hier auch: SCHREY, 1972: Hochschulgründung ohne Mercator-Seekarte.

Diese Einflüsse und die daraus resultierenden Plananpassungen sowie verfehlte Ziele der Landesregierung lassen sich in den Publikationen der Staatskanzlei und des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung finden. Beispielweise plante das MWF Ende der 1960er Jahre auf Landesebene noch mit acht neuen Standorten,⁹ die mit Baubeginn 1972 jedoch auf fünf reduziert wurden.¹⁰ Die geplante institutionelle Zusammenfassung aller Hochschulformen unter dem organisatorischen Dach der Integrierten Gesamthochschule (IGH) wurde in diesem Zeitraum durch das Konzept der Kooperativen Gesamthochschule (GH) ersetzt. Letzteres setzte im Gegensatz zur IGH nicht auf die Vereinheitlichung des tertiären Sektors, sondern auf die Zusammenarbeit neuer und bereits bestehender Hochschuleinrichtungen.¹¹

Diese Anpassungen sind das Ergebnis von Aushandlungsprozessen zwischen Land, Stadt, Gesamthochschulen und bestehenden Universitäten und spiegeln damit institutionelle und, in Anlehnung an Martina Löw, städtische „Eigenlogiken“¹². Die Aushandlung dieser Interessenlagen setzte bereits mit dem Bekanntwerden der hochschulplanerischen Absichten der Landesregierung am Ende der 1960er ein und vollzog sich an einigen Orten teilweise bis in die 1990er Jahre.¹³ Im Kontext dieses Aushandlungsprozesses änderten sich die politischen Beschreibungen des nordrhein-westfälischen Hochschulraumes. Mitte der 1960er Jahre strotzten die landespolitischen Publikationen von wissenschaftlich aufgeladenen Raumvorstellungen, die das Land als „neue Hochschulstruktur“ oder als „Wissenschaftssystem“¹⁴ fassten. Sie bezogen sich auf die Zukunft und einen zu erreichenden Idealzustand, der sich vor allem seit dem Ende der 1960er Jahre durch die Vorstellung einer landesweiten Vereinheitlichung von Hochschulstrukturen beschreiben lässt. Die wissenschaftlichen Raumbezüge werden auffällig bis in die 1980er Jahre in den Publikationen und Reden der Landesregierung durch die Rede von der „Hochschullandschaft“¹⁵ abgelöst, die, im Gegensatz zu den wissenschaftlichen Raumbeschreibungen, die Heterogenität der Hochschulstrukturen und den Gegenwartsbezug hochschulpolitischer Maßnahmen betonte.

9 Vgl. Nordrhein-Westfalen/Landesregierung, Nordrhein-Westfalen-Programm 1975, NWP 1975, Düsseldorf 1970, S. 71 f.

10 Vgl. Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Hochschulpolitik in Nordrhein-Westfalen, Zur Gründung von fünf neuen Gesamthochschulen, Wuppertal 1972; Archiv Universität Duisburg-Essen (UDE UA), E2.1.1 - Nr. 17.

11 Vgl. RIMBACH, Vom Reformmodell zur modernen Universität, S. 44 f.

12 Martina Löw/Helmuth BERKING (Hg.), Die Eigenlogik der Städte, Neue Wege für die Stadtforschung (Interdisziplinäre Stadtforschung 1), Frankfurt a. M./New York 2008; Martina Löw, Soziologie der Städte (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft 1976), Frankfurt a. M. 2012.

13 Vgl. Claus BUSSMANN/Holger HEITH/Martin GOPPELSRÖDER, Chronik 1972–1997, Duisburg 1997, S. 87 f.

14 Paul MIKAT, Gedanken zur Universitätsplanung in Nordrhein-Westfalen, Vortrag vor dem Gründungsausschuß. In: Paul MIKAT/Helmut SCHELSKY (Hg.), Grundzüge einer neuen Universität. Zur Planung einer Hochschulgründung in Ostwestfalen (Wissenschaftstheorie, Wissenschaftspolitik, Wissenschaftsgeschichte 1), Gütersloh 1967, S. 11–19, hier S. 16.

15 Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Handbuch, Hochschulen in Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1981, S. 11.

Das Forschungsdesign: Die Beziehung der Gesamthochschule zur Stadt und Region

Der Wandel der räumlichen Beschreibungen einerseits und die adaptive Planungsanlage andererseits führen zu Fragen nach der Entwicklung des Gesamthochschulkonzeptes und seiner räumlichen Anlage seit dem Ende der 1960er Jahre und seinem Ausbau bis 1985. Mit diesem zeitlichen Zuschnitt werden damit die Einflüsse der hochschulpolitischen Planungsideen der 1960er Jahre ebenso berücksichtigt wie die Entwicklungen des Gesamthochschulkonzeptes über das Auslaufen der gesetzlich geregelten Gründungsphase hinaus und die damit verbundene Veränderung von einer wissenschaftlich grundierten hin zu einer landschaftlichen Beschreibung des nordrhein-westfälischen Hochschulraumes.¹⁶

Dieser Beitrag geht aus dem Dissertationsprojekt „Die Transformation ‚hochschulleerer Räume‘ zur ‚Hochschullandschaft‘ hervor. Das nordrhein-westfälische Gesamthochschulkonzept zwischen 1965 und 1985“ hervor und will leitende Fragen in der Beschäftigung mit dem Verhältnis von Universität und Region am Fallbeispiel des nordrhein-westfälischen Gesamthochschulkonzeptes zur Diskussion stellen. Dabei kann dieser Beitrag nicht den Anspruch erfüllen, diese Fragen im Kontext dieses Aufsatzes tiefgehend zu beantworten. Er fokussiert entlang der zeitgenössischen Entwicklung des nordrhein-westfälischen Bildungs- und Hochschulraumes Fragen zur Hochschulplanung, zu Konzeption, zu den Umsetzungsstrategien und den Etablierungsversuchen, die in ihren Wechselwirkungen zwischen den lokalen Interessen und den landespolitischen Zielen betrachtet werden sollen.¹⁷ Eine institutionengeschichtliche Betrachtung der einzelnen Gesamthochschulstandorte soll damit nicht in der Reichweite erfolgen, die beispielsweise Hans Stallmann in seiner Studie zur Gründung der Universität Bochum vorgelegt hat.¹⁸ Deshalb interessieren auf der ersten Ebene die politischen und wirtschaftlichen Kontexte der nordrhein-westfälischen Hochschuldiskussion und damit die Rahmenbedingungen, in denen das Gesamthochschulkonzept entwickelt wurde. Hier schließen sich Fragen nach den zeitgenössisch formulierten Unterschieden der Gesamthochschulen zu den vorhergehenden Hochschulprojekten der Nachkriegszeit über die Einbettung in die zeitgenössischen Raumkonstruktionen seit den 1970er Jahren an.

16 Fridolin J. HALLAUER, Die Ruhruniversität Bochum. In: Zentralarchiv für Hochschulbau (Hg.), Planung wissenschaftlicher Hochschulen. 1. Colloquium im April 1964, Stuttgart 1965, S. 81–88. Vgl. für das Auslaufen des Ausbauperioden: RIMBACH, Vom Reformmodell zur modernen Universität.

17 Vgl. Sylvia PALETSCHEK, Stand und Perspektiven der neueren Universitätsgeschichte. In: NTM Zeitschrift für Geschichte der Wissenschaften, Technik und Medizin 19 (2011), S. 169–189, hier S. 178.

18 Hans STALLMANN, Euphorische Jahre, Gründung und Aufbau der Ruhr-Universität Bochum (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens 68), Essen 2004.

Schließlich ist die Frage nach den planerischen und politischen Funktionen eines solchen Bildungsraumes relevant. Innerhalb des betrachteten Zeitraumes interessieren besonders die Entwicklung der „neuen Hochschulstruktur“ und die Genese der „Hochschullandschaft“, von der die Zeitgenossen ab den 1980er Jahren sprachen. Die gezielte Platzierung der fünf Standorte wirft erstens Fragen nach der Wahrnehmung bestehender Hochschulen und zweitens nach den materiellen, diskursiven und symbolischen Durchsetzungs- und Konsolidierungsstrategien für diesen Hochschulraum auf.

Auf einer weiteren Ebene soll schließlich nach den lokalen und regionalen Interessen gefragt werden. Welche Wechselwirkungen lassen sich zwischen den institutionellen und städtischen Interessen sowie den Landesplänen ausmachen? Wie wirkten sich diese Rückkopplungen auf die „neue Hochschulstruktur“ aus? Welche Probleme entwickelten sich etwa durch die zahlreichen Neugründungen im Ruhrgebiet? Denn als Neugründung standen die neuen Gesamthochschulen nicht nur zu den bestehenden Universitäten, sondern auch untereinander in einem Wettbewerbsverhältnis. Neben dem Umgang mit diesen nicht-intendierten Entwicklungen soll schließlich auch nach der Aushandlung der politisch, gesellschaftlich und wirtschaftlich herangetragenen Aufgaben gefragt werden, die Sylvia Paletschek allgemein für die neuere Universitätsgeschichte herausgearbeitet hat und die sie in der „Vermittlung von Allgemeinbildung und akademischer Berufsbildung sowie Wissensproduktion“¹⁹ sieht.

In der Dokumentation der städtischen Diskussionen,²⁰ den Rektorats- und Senatsprotokollen²¹ sowie den kritischen Selbstbeobachtungen der Gesamthochschulen in Form von Reden, Essays sowie hochschulpolitischen Jubiläums- und Streitschriften²² lassen sich die Interessen und Durchsetzungsstrategien der lokalen und institutionellen Ebene ausfindig machen. Die dokumentierten Planungsdiskussionen der Stadträte bieten einerseits aufschlussreiche Quellenbestände für die zeitgenössischen Überlegungen über die Anlage der Gebäude, ihre Größen und ihre Nähe

19 PALETSCHEK, Stand und Perspektiven der neueren Universitätsgeschichte, S. 172.

20 Vgl. Stadtarchiv Essen (StAE), 1048-351.

21 Archiv Universität Duisburg-Essen (UDE UA), D2.1.1 - Nr. 27; Archiv Universität Duisburg-Essen (UDE UA), D2.1.1 - Nr. 81; Archiv Universität Duisburg-Essen (UDE UA), D2.1.1 - Nr. 119; Rektorat Gesamthochschule Wuppertal, Studienführer, Allgemeiner Teil, Wuppertal 1980; Rektor der Bergischen Universität-Gesamthochschule Wuppertal, Bergische Universität-Gesamthochschule Wuppertal, Wuppertal [1992].

22 Vgl. exemplarisch: Gerhard RIMBACH, Integrationsprobleme. In: Artur WOLL (Hg.), Fünf Jahre Gesamthochschule Siegen. Konzept und Wirklichkeit, Siegen 1977, S. 18–31; Helmut SCHREY, Die Landesregierung hat die Weichen gestellt. In: Presse- und Informationsamt der Landesregierung Nordrhein-Westfalen (Hg.), Gesamthochschule, Angebot und Herausforderung, Düsseldorf 1972, S. 51–53; DERS., Theoriestudium ohne Praxis - praxisorientiertes Studium ohne Theorie? In: Jürgen KLÜVER/Wolfdietrich JOST/Karl-Ludwig HESSE (Hg.), Gesamthochschule - versäumte Chancen? 10 Jahre Gesamthochschulen in Nordrhein-Westfalen, Opladen 1983, S. 80–97; Rektor der Bergischen Universität - Gesamthochschule Wuppertal (Hg.), Hochschul-Kolloquium. Bergische Universität - Gesamthochschule Wuppertal, 1984/85 (1), Wuppertal 1986.

zu den Innenstädten oder zu Wohnvierteln widergeben. Andererseits rufen sie Fragen nach der „Eigenlogik“ der Städte, also nach den Interessen verschiedener Akteursgruppen auf der kommunalpolitischen, wirtschaftlichen oder zivilgesellschaftlichen Ebene, hervor. In diesem Spannungsfeld erlauben die Planungsdiskussionen in den Städten Einblicke in die Aushandlung des Verhältnisses von Gesamthochschule zur Stadt, beziehungsweise von Gesamthochschulen und Städten zum Bundesland. Wie also im Spannungsverhältnis zwischen den lokalen Eigenlogiken und den Landesplänen, die sich in den Karten des Bundeslandes in ihren Dimensionen greifen lassen, das Verhältnis der Hochschulen zur ihren Regionen gefasst werden kann, soll im Folgenden als konzeptionelle Überlegungen ausgeführt werden.

Begrifflichkeiten: „Raum“, „Hochschulstruktur“ und „Hochschullandschaft“

Das nordrhein-westfälische Gesamthochschulkonzept wurde bisher von der geschichtswissenschaftlichen Forschung nicht systematisch in den Blick genommen, auch wenn die ersten Reformhochschulen der Nachkriegszeit, also die großen Projekte der 1960er Jahre in Bochum, Bielefeld oder Konstanz jüngst nach ihren institutionellen Konzeptionen sowie politischen und hochschulpolitischen Kontexten befragt wurden.²³ Die räumliche Anlage des Gesamthochschulkonzeptes, zwischen dessen Standorten sich für die initiiierenden Akteure eine „Hochschulstruktur“ als Raum aufspannt, soll reziprok in seinen historischen Gegebenheiten und – mit Marcus Sandl – in den Formen der zeitgenössischen „Raumproduktion, Beherrschbarkeit und Wahrnehmung“ betrachtet werden.²⁴

„Raum“ wird damit, in Anlehnung an Stephan Günzel, als Gegenstand sozialer Aushandlungsprozesse betrachtet, der sich einerseits medial in den Planungskarten des Landes fassen lässt und sich andererseits in der gezielten Platzierung und der baulichen Materialisierung an ausgewählten Orten in den Stadtteilen konkretisiert.²⁵ So soll der hochschulpolitische Diskurs des Landes untersucht werden, der sich in seiner „Verdichtung stets auch auf konkrete Orte bezieht und konkrete Räume hervorbringt.“²⁶ In diesem Zusammenhang lassen sich der zeitgleiche Baubeginn der fünf Gesamthochschulen als Materialisierungsform und deren gezielte Anordnung und Platzierung in den Karten, Stadtplänen und den Städten als Kristallisationen eines Raumes und seiner Geschichte betrachten, der sich in seiner Wechselseitigkeit sym-

23 Vgl. Moritz MÄLZER, Auf der Suche nach der neuen Universität, Die Entstehung der „Reformuniversitäten“ Konstanz und Bielefeld in den 1960er Jahren, Göttingen 2016; Vgl. Richard HOPPE-SAILER/Cornelia JÖCHNER/Frank SCHMITZ (Hg.), Ruhr-Universität Bochum, Architekturvision der Nachkriegsmoderne, Berlin 2015.

24 Marcus SANDL, Geschichtswissenschaft. In: Stephan GÜNDEL (Hg.), Raumwissenschaften (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft 1891), Frankfurt a. M. 2012, S. 159–174, hier S. 162.

25 Vgl. Stephan GÜNDEL, Raum. In: DERS. (Hg.), Lexikon der Raumphilosophie, Darmstadt 2012.

26 SANDL, Geschichtswissenschaft, S. 167.

bolisch, materiell und diskursiv mit materiellen Konstruktionen konstituiert.²⁷ Die fünf Gesamthochschulbauten sowie die bestehenden Hochschulen und Universitäten werden somit als Institutionen in ihren öffentlichen Bezügen zum Land und zur Stadtgesellschaft betrachtet und in Anlehnung an Markus Dauss und Karl Rehberg als „verkörpernde Selbstdarstellungen einer Ordnung“²⁸ verstanden. Entsprechend können „Bauten, Bilder und Skulpturen, aber auch Texte, Rituale und Zeremonien als präsenzstiftende Symbole aufgefasst werden, ohne welche institutionelle Geltungen [...] nicht durchsetzbar wären.“²⁹ In diesem Sinne bezeichneten die Akteure in Nordrhein-Westfalen die Universitäten des 19. und frühen 20. Jahrhunderts³⁰ als materielle Repräsentationen einer anderen „Herrschaftskonstitution“³¹, die seit der Nachkriegszeit nicht modernisiert worden seien und deshalb bis in die Gegenwart hinein ‚alte Strukturen‘ tradierten, die aus Sicht des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten die Bildungs- und Ausbildungschancen in der Gegenwart nachteilig beeinflussen.

Der diskursiv produzierte Raum wird in seiner gesellschaftlichen Hervorbringung, so die These, mit räumlichen Beschreibungen, wie „Struktur“³², „System“³³ oder „Landschaft“ von den Akteuren reflektiert, durch gezielte materielle und symbolische Konstruktionen konsolidiert und zwischen den 1960er und 1980er Jahre voneinander differenziert. Bestehende räumliche Konstruktionen überlagern und beeinflussen sich dabei für die Zeitgenossen im Landesraum. An wissenschaftlich aufgeladenen Raumbeschreibungen, wie der „Hochschulstruktur“, lassen sich die Einflüsse von Experten ablesen, wie etwa Architekten, Bildungs- und Raumplanern, die den Hochschulraum aus Sicht ihrer spezifischen Disziplin wahrnehmen und deuten.³⁴ Wird davon ausgegangen, dass der nordrhein-westfälische Hochschulraum sich in seinen Bildungseinrichtungen materialisiert und in seinen Ordnungsstrukturen konkretisiert, so erwies sich der Raumbildungsprozess und die damit verbundene Modernisierung des Hochschulraumes über eine unbekannte Institution, wie der Gesamthochschule, die bestenfalls eingeweihten Hochschul- und Bildungsexperten ein Begriff war, als problematisch für die initiierten

27 Vgl. GÜNZEL, Raum; sh. hier auch: SANDL, Geschichtswissenschaft.

28 Markus DAUSS/Karl-Siebert REHBERG, Gebaute Raumsymbolik, Die ‚Architektur der Gesellschaft‘ aus Sicht der Institutionenanalyse. In: Heike DELITZ/Joachim FISCHER (Hg.), Die Architektur der Gesellschaft. Theorien für die Architektursoziologie (Sozialtheorie) 2009, S. 109–135, hier S. 110.

29 DAUSS/REHBERG, Gebaute Raumsymbolik, S. 111.

30 Hier beziehen sich die Akteure auf die Universitäten in Aachen, Dortmund, Düsseldorf, Bochum, Bonn, Köln und Münster. Vgl. Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Thesen zur Planung und Errichtung von Gesamthochschulen, S. 5–7.

31 Heinz KÜHN, Mehr Chancengleichheit. In: Presse- und Informationsamt der Landesregierung Nordrhein-Westfalen (Hg.), Gesamthochschule, Angebot und Herausforderung, Düsseldorf 1972, S. 7–12, hier S. 8.

32 Sascha FREYBERG, Struktur. In: Stephan GÜNZEL (Hg.), Lexikon der Raumphilosophie, Darmstadt 2012, S. 396–397.

33 Vgl. Michaela OTT, Aggregat. In: GÜNZEL (Hg.), Lexikon der Raumphilosophie, S. 19–20.

34 Vgl. Ariane LEENDERTZ, Ordnung schaffen, Deutsche Raumplanung im 20. Jahrhundert (Beiträge zur Geschichte des 20. Jahrhunderts 7), Göttingen 2008.

Akteure. Die Gesamthochschule stand in der Öffentlichkeit 1972 nicht für eine leistungsstarke Forschungsinstitution. Als Selbstrepräsentation eines neuen Wissenschaftsverständnisses taugte sie zum Abstecken der ‚neuen Hochschulstruktur‘ daher nur bedingt. Sie verkörperte zunächst nur die kontrovers diskutierten Ziele der sozialliberalen Koalition. Diesen Imagemangel versuchten die politischen Akteure über die Betonung der wissenschaftlichen Planungsmethoden auszugleichen und damit ihre gesellschaftspolitischen Zielsetzungen durchzusetzen. Über den Strukturbegriff wurde auf Landesebene die Beschaffenheit des Raumes in seiner historischen und kulturell geplanten Spannung betont und die fünf Gesamthochschulstandorte zugleich in ein relationales Hochschulnetz eingebettet und damit die politische Leistung hervorgehoben. Ähnlich angelegt ist der Begriff des Systems, der sich in den zeitgenössischen Ideen wie dem „Forschungssystem“³⁵ oder „Wissenschaftssystem“³⁶ ausmachen lässt; denn als ein relationales System, bestehend aus fünf Hochschulstandorten, ließe sich, in den Worten des 1965 amtierenden Staatssekretärs Wolfgang Cartellieri, „mit geringem Aufwand“ ein großer „Nutzeffekt“ erreichen.³⁷

Mit diesen Begriffen wurde das Gesamthochschulkonzept auf der einen Seite als rationale Lösung dargestellt, mit der sich viele Hochschulzugänge mit einem relativ geringen finanziellen Aufwand schaffen ließen. Auf der anderen Seite wurde das Gesamthochschulkonzept von seinen Initiatoren über den Strukturbegriff eng mit dem Begriff der Planung verbunden, wodurch es von den vorhergehenden Neugründungen der Nachkriegszeit abgegrenzt werden sollte.³⁸ Diese Abgrenzung wurde dann ab den 1980er Jahren mit der Einführung des Landschaftsbegriffs abgeschwächt. Als Markierung eines politischen Handlungsraumes fungierte der Landschaftsbegriff, mit Ludger Gailing, auch als „Brückenkonzept“, über den „ungelöste Konflikte“ zwischen Akteuren überbrückt und somit „unterschiedliche Perspektiven miteinander versöhnt“ werden konnten.³⁹

Im Rahmen dieses Beitrages wird davon ausgegangen, dass der Landschaftsbegriff die Perspektiven der Akteure auf unterschiedlichen Landes- und Institutionenebenen quasi als Kompromissformel zusammenbringt. So war er einerseits für das Verhältnis zwischen Gesamthochschule, Stadt, Land und den klassischen Landesuniversitäten eine Ausgleichsformel, die zum einen bestimmte Zielsetzungen in ihrer Bedeutung verstärkte, zum anderen verfehlte

35 MIKAT, Gedanken zur Universitätsplanung in Nordrhein-Westfalen, S. 14.

36 Ebenda, S. 16.

37 Wolfgang CARTELLIERI, Bildungs- und Forschungspolitik für 1980. In: Joseph H. KAISER (Hg.), Planung I, Baden-Baden 1965, S. 391–403, hier S. 395.

38 Der Begriff der „Strukturplanung“ bestimmt neben dem der „Hochschulplanung“ den hochschulpolitischen Diskurs in Nordrhein-Westfalen. Vgl. hierzu: RAU, Die Regionalisierung des Hochschulbaus, S. 31.

39 Ludger GAILING, Landschaft der Dinge. In: Stefanie SAMIDA (Hg.), Handbuch Materielle Kultur. Bedeutungen, Konzepte, Disziplinen, Darmstadt 2014, S. 56–64, hier S. 56 f.

Ziele, wie das der systemischen Neuorganisation und Vereinheitlichung des Hochschulwesens, kaschierte. Denn das Hochschulsystem ließ sich nur im Konkreten in den Städten umsetzen. Die Akteure auf der städtischen Ebene aber handelten nach tradierten und relationalen Strukturen, die den spezifischen „Sinneszusammenhang“ einer Stadt bilden und sich einerseits der „vereinheitlichende Logik des Nationalstaates“ entziehen, aber diese zugleich reziprok beeinflussen können.⁴⁰ Die Rede von der „Hochschullandschaft“ stellt das Gesamthochschulkonzept und die klassischen Universitäten auf eine Ebene, markiert sie als gleichwertige Aktanten und lässt damit die Heterogenität des Hochschulwesens und seine unterschiedlichen Traditionen zu.

Bildungs- und Raumexperten zwischen Raumnot und „hochschulleeren Regionen“

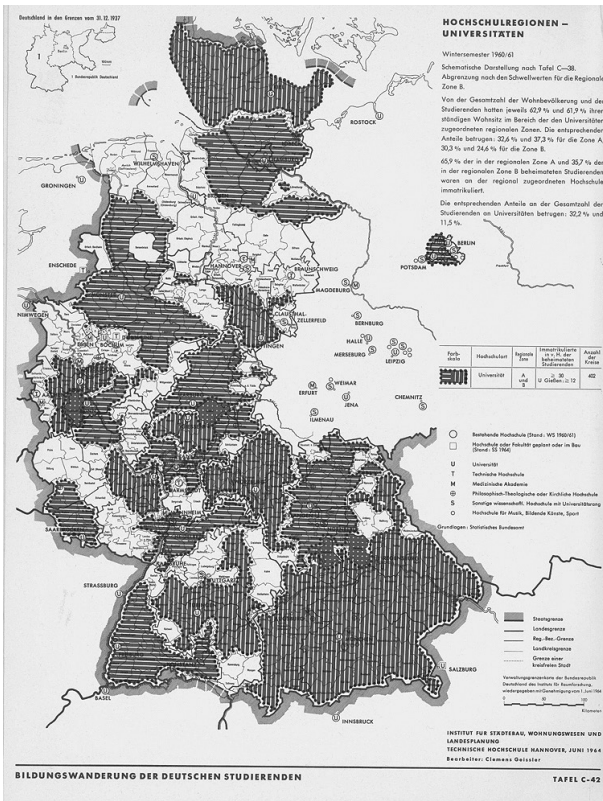
Die zeitgenössische Diskussion über räumliche Strukturen, Systeme und Landschaften war seit den Prognosen von Landesplanern und Bildungsexperten Gegenstand der hochschulpolitischen Debatten des Landes. Raumexperten beschäftigten sich auf der Ebene der Stadtarchitektur mit dem Zusammenhang zwischen Bildungsmöglichkeiten und städtischen Qualitäten. Eine moderne Stadt, so ist der zeitgenössischen Fachliteratur zu entnehmen, zeichne sich durch ihre räumliche Verdichtung, ein breites Freizeit- und Kulturangebot aus und biete, neben einer dichten Verkehrsinfrastruktur, Zugänge zu verschiedenen Ausbildungs- und Bildungsinstitutionen wie Gymnasien, Hochschulen und Universitäten.⁴¹ Denn der Bau von Universitäten sei nicht nur eine Investition in die Bildung, sondern „Investitionen in Wissenschaft und Bildung sind konjunkturbelebend – sind relevante Größen der Struktur – oder sagen wir besser – Infrastrukturpolitik“⁴², wie Fridolin Hallauer, nordrhein-westfälischer Ministerialbeamter im Ministerium für Landesplanung, 1968 über den Bau der Ruhr-Universität Bochum schrieb. Über Universitäten oder andere Institutionen höherer Bildung verfügten aber vor allem viele kleinere Städte in der Bundesrepublik bis in die 1970er Jahre hinein nicht. Zeitgleich kamen Klagen aus den bundesdeutschen Hochschulen, die unzureichende räumliche Kapazitäten für die Forschung, schlechte Lehrbedingungen und damit verbundene schlechte Arbeitsbedingungen bemängelten.⁴³

40 Löw, *Soziologie der Städte*, S. 65 f.

41 Vgl. hier: RAU, *Die Regionalisierung des Hochschulbaus*.

42 Fridolin J. HALLAUER, *Die Ruhr-Universität Bochum, Eine Stadt und eine Revieruniversität*. In: Stadt Bochum (Hg.), *Bochum, eine moderne Großstadt*, Berlin 1968, S. 59–76, hier S. 59.

43 Vgl. Clemens GEISLER, *Hochschulstandorte, Hochschulbesuch, Tafeln* (Schriftenreihe der Arbeitsgruppe Standortforschung/Institut für Städtebau, Wohnungswesen und Landesplanung, Technische Hochschule Hannover), Hannover 1965a, S. A-1.



Hochschulregionen – Universitäten: „hochschuleere Räume“, Tafel aus Clemens GEISSLER, Hochschulstandorte, Hochschulbesuch. Tafeln (Schriftenreihe der Arbeitsgruppe Standortforschung/ Institut für Städtebau, Wohnungswesen und Landesplanung, Technische Hochschule Hannover), Hannover 1965, S. C-42.

Vor dem Hintergrund dieser verbreiteten Wahrnehmung und auf der Basis sozialwissenschaftlicher Arbeiten zur strukturell bedingten Ungleichheiten in der Gesellschaft kartierte der niedersächsische Landesplaner Clemens Geißler in seinem 1965 veröffentlichten Atlas „Hochschulstandorte. Hochschulbesuch“ die Verteilung der bundesdeutschen Universitäten, Technischen Hochschulen und Fachhochschulen sowie deren Einzugsbereiche unter Berücksichtigung von Verkehrsanbindungen und regionalen Versorgungsstrukturen.⁴⁴

Clemens Geißler wertete auf der Basis von Immatrikulationszahlen des statistischen Bundesamtes die Einzugsbereiche bestehender Hochschulen aus und setzte sie in Beziehung zu den Wohnorten der Studierenden des Wintersemesters 1960/61. Die Verzeichnung der Einzugsgebiete in seinen

44 Vgl. Clemens GEISSLER (Hg.), Bildungseinrichtungen in der Regionalen Planung. Für Professor Wilhelm Wortmann zu seinem 70. Geburtstag, Hannover 1967; GEISSLER, Hochschulstandorte, Hochschulbesuch.

Karten ergaben das Bild einer „zersiedelten Landschaft“⁴⁵, bestehend aus farbig hervorgehobenen Gebieten, in denen ein Studium 1965 möglich war. Neben diesen farbigen Hochschulzentren war das Bundesgebiet in seinen Karten aber von zahlreichen weißen Flecken durchzogen. Geißlers Hochschulkarten veranschaulichten medial greifbar die „hochschulleeren Räume“⁴⁶ und „hochschulfernen Regionen“⁴⁷, die die Bundesrepublik durchzogen. Seinen Lesern vermittelte der Landesplaner damit wissenschaftlich fundiert die räumliche Ungleichheit, in die sich das Land aufteilte. Damit steht Geißlers Untersuchung in der Fachtradition der Raumplanung, wo der „Ausgleich der Lebensbedingungen der Menschen“ ein zentrales Theorem bildet.⁴⁸ Auch das westdeutsche Nordrhein-Westfalen, das bundesweit für seine Industriegebiete bekannt war, zeichnete sich in den Regionen um die Städte Paderborn, Siegen und im Ruhrgebiet durch ausgedehnte weiße Flecken aus. Obwohl im Land bereits die großen Universitätsprojekte in Bochum und Dortmund initiiert wurden, zeigte die Karte unmissverständlich, dass die Chancen auf einen Hochschulzugang in einigen Regionen scheinbar geringer waren, als in den Hochschulzentren in Aachen, Bonn, Köln Münster oder den 1965 im Aufbau befindlichen neuen Universitäten in Bochum und Dortmund.⁴⁹

Die „neue Hochschulstruktur“ und die Gesamthochschule

Ab 1972 folgte in Nordrhein-Westfalen ein zweiter, beispielloser Hochschulausbau, der deutschlandweit durch die Suche nach der „Hochschule der Zukunft“⁵⁰ angetrieben wurde. Eines dieser Experimente war die Integrierte Gesamthochschule, die von ihren Initiatoren durch ihre Planungsmethoden, gesellschaftspolitischen Visionen, ihre Architekturen, räumlichen Ausdehnungen und institutionellen Ordnungen und Selbstbildern unterschieden wurde.⁵¹ Die Idee, den Hochschulraum des Landes zu vereinheitlichen zeichnete sich seit der Mitte der 1960er Jahre immer deutlicher in den hochschulpolitischen Diskussionen des Landes ab. Denn mit dem Einstand der sozialliberalen Koalition in Nordrhein-Westfalen erweiterten sich ab 1966 die hochschul- und wissenschaftspolitischen Zielsetzungen. Wurde mit den Universitätsprojekten in Bochum und Dortmund seit Beginn der

45 GEISSLER, Hochschulstandorte, Hochschulbesuch, S. 11.

46 Ebenda, S. 42.

47 Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Hochschulpolitik in Nordrhein-Westfalen, S. 21.

48 LEENDERTZ, Ordnung schaffen.

49 GEISSLER, Hochschulstandorte, Hochschulbesuch, S. C–42 f.

50 Peter NEUMANN-MAHLKAU, Die Gründungsphase der Gesamthochschule: Zielvorstellungen und Perspektiven. In: Jürgen KLÜVER/Wolfdietrich JOST/Karl-Ludwig HESSE (Hg.), Gesamthochschule – versäumte Chancen? 10 Jahre Gesamthochschulen in Nordrhein-Westfalen, Opladen 1983, S. 23–29, hier S. 23.

51 Vgl. Stefan PAULUS, Vorbild USA? Amerikanisierung von Universität und Wissenschaft in Westdeutschland 1945–1976 (Studien zur Zeitgeschichte 81), München 2010; Vgl. MÄLZER, Auf der Suche nach der neuen Universität.

1960er Jahre noch das Konzept der „Entlastungsuniversität“⁵² verfolgt, die sich in ihren Reformzielen noch stark an der klassischen Universität orientierten, setzte sich gegen Ende der 1960er Jahre in den Diskussionen um den Bau der Universität Bielefeld die Idee eines „Forschungssystems“⁵³ durch. Ab 1966 ging die sozialliberale Koalition dazu über, gesellschaftspolitische Zielsetzungen mit der Hochschulpolitik des Landes zu verbinden. Die Forderungen nach mehr „Chancengleichheit“⁵⁴ und „Demokratisierung“⁵⁵ rückten unter der von Heinz Kühn angeführten sozialliberalen Koalition und Johannes Rau, dem amtierenden Wissenschaftsminister, neben dem Entlastungsargument in das Zentrum der Debatten.⁵⁶

Geißlers wissenschaftlich gestützte Diagnose zur regionalen Ungleichheit der Hochschulzugänge ließ sich in der politischen Auseinandersetzung über die Bildungspolitik mit den sozialdemokratischen Forderungen nach Gerechtigkeit verknüpfen und auf die vorhandenen hochschulpolitischen Strukturen übertragen. Das Ziel der sozialliberalen Koalition war die Ablösung der bestehenden „Hochschulstruktur“ durch eine Neuordnung des Hochschulwesens. Die bestehenden Universitäten wurden in den Reformdebatten der Landesregierung als undemokratische Hochschulform bezeichnet, die sich durch ihre hierarchische – und aus Perspektive mancher Reformbefürworter sogar „ständische“⁵⁷ – Organisation beziehungsweise durch ihre Traditionen auszeichne und sich deshalb entweder nur schwer den gesellschaftlichen Herausforderungen öffnen oder an einer Studien- und Hochschulreform aus eigenem Antrieb heraus beteiligen könne.⁵⁸ Aus dieser Sicht bot die klassische Universität samt ihrer Strukturen, ihrem Ausbildungs- und Forschungsspektrum keine Zukunftsperspektiven für die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen der Gegenwart, zu denen der prognostizierte Fachkräftemangel am Ende der 1960er Jahre sowie die demographische und wirtschaftliche Entwicklung der industriell und ländlich geprägten Regionen gezählt wurden. Zu diesem Schluss kam die Landesregierung nach einer Befragung der bestehenden Hochschulen durch das Wissenschaftsministerium.⁵⁹

Mit einer neuen Hochschulform sollten die universitären Strukturen der bestehenden Hochschulen sowie die Zugänglichkeit des konventionellen und wettbewerbsorientierten Universitätssystems hinterfragt werden.

52 HALLAUER, Die Ruhr-Universität Bochum, S. 64.

53 MIKAT, Gedanken zur Universitätsplanung in Nordrhein-Westfalen, S. 14.

54 Vgl. KÜHN, Mehr Chancengleichheit.

55 AUGUST RUCKER, Hochschule und Gesellschaft, Zur Demokratisierung der Hochschule, München 1969, S. 104 f.

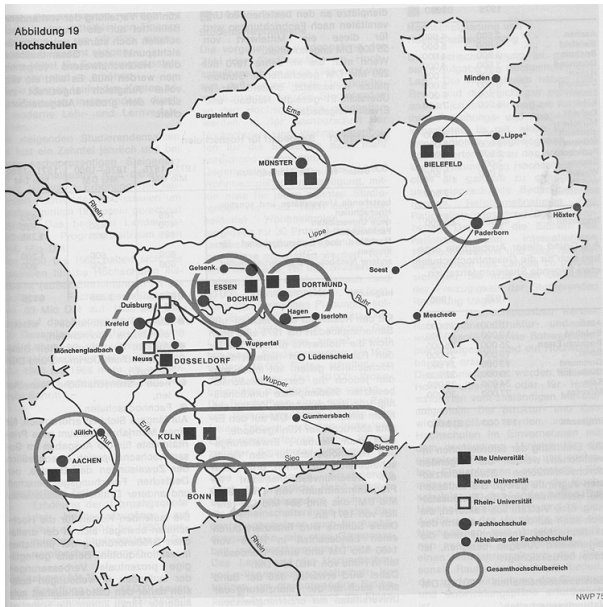
56 Vgl. KÜHN, Mehr Chancengleichheit.

57 RIMBACH, Vom Reformmodell zur modernen Universität, S. 73.

58 Vgl. KÜHN, Mehr Chancengleichheit.

59 Vgl. Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Thesen zur Planung und Errichtung von Gesamthochschulen, S. 59 f.

Wissenschaftsminister Johannes Rau hob dieses Vorhaben in verschiedenen Publikationen und in abgestufter Deutlichkeit hervor. So formulierte er 1974, als sich bereits erste Proteste⁶⁰ aus den klassischen Universitäten an ihn richteten: „Die Gesamthochschule soll die bestehende Hochschulstruktur mit ihren Mängeln [...] aufbrechen.“⁶¹ Mit dem Gesamthochschulkonzept war nämlich eine gänzliche Neuordnung des Hochschulraumes geplant, der erstmals im „Nordrhein-Westfalen-Programm 1975“ (NWP75) mit einer Karte und einem Programmtext beschrieben und im Gesamthochschulentwicklungsgesetz (GHEG) von 1972 rechtlich greifbar wurde.⁶² Die weißen Flecken auf der Geißler’schen Hochschulkarte wurden in der Visionskarte des Nordrhein-Westfalen-Programms mit so genannten Gesamthochschulbereichen gefüllt.⁶³



Karte für die geplante Neuordnung des Hochschulraumes, aus Nordrhein-Westfalen/Landesregierung, Nordrhein-Westfalen-Programm 1975. NWP 1975, Düsseldorf 1970, S. 71.

Um einen möglichst großen Raum mit Hochschulzugängen versorgen zu können, wurden 1972 zunächst fünf Gesamthochschulen in Duisburg,

60 Vgl. Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Thesen zur Planung und Errichtung von Gesamthochschulen, Stellungnahmen, Ratingen/Wuppertal/Düsseldorf 1971.

61 Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Gesamthochschulen in Nordrhein-Westfalen, Materialien zu Aufbau, Entwicklung und Funktion, Düsseldorf 1975, S. 9.

62 Vgl. Nordrhein-Westfalen/Landesregierung, Gesetz über die Errichtung und Entwicklung von Gesamthochschulen im Lande Nordrhein-Westfalen, GHEG. In: Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen 26 (1972), S. 134–141.

63 Vgl. Nordrhein-Westfalen/Landesregierung, Nordrhein-Westfalen-Programm 1975, S. 71.

Essen, Paderborn, Siegen und Wuppertal gegründet.⁶⁴ Da „Neugründungen ‚auf der grünen Wiese‘ [...] eine zu lange Anlaufzeit“ benötigten, wie das Ministerium erklärte, sollten „die neuen Hochschulen auf den Kernen bestehender Hochschuleinrichtungen aufgebaut werden.“⁶⁵ Diese Maßnahme sollte mit relativ geringem Finanzaufwand einen möglichst großen Effekt erzielen. Denn die Gesamthochschulen sollten sich kooperativ die Aufgaben in Forschung und Lehre durch Schwerpunktbildung aufteilen. Zudem erlaubte die Integration von Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen die Verbindung von wissenschaftlich ausgerichteten Universitätsstudiengängen mit der praxis- und anwendungsorientierten Ausbildung der Fachhochschulen durch personelle und organisatorische Zusammenschlüsse.⁶⁶ Die Regierung beabsichtigte die Strukturen des bestehenden Hochschulwesens mit raumpolitisch orientierten Maßnahmen und institutionellen Reformen zu beseitigen. Mit dem Gesamthochschulkonzept vereinte die sozialliberale Landesregierung ein Bündel von institutionellen und landesplanerischen Zielsetzungen. Mit der Gesamthochschule sollte eine universitäre Institution geschaffen werden, die über die Ausbildungsfrage und der damit zusammenhängenden Studienreform politische Steuerbarkeit zuließ. Entsprechend wurden die Gesamthochschulen, so Johannes Rau im Jahr 1997, als „Kraftzentren“ verstanden, „die Innovationen anregen und den Strukturwandel fördern können.“⁶⁷ Die Platzierung der fünf neuen Hochschulen sollte sich an der Nachfrage nach Studienplätzen in einer Region orientieren.⁶⁸

Auf der institutionellen Ebene fokussierte die Landesregierung eine breitere Ausbildung von Fachkräften und die öffentliche Gleichstellung verschiedener Ausbildungsformen und Studienabschlüsse mit den Abschlüssen der Universitäten. Damit versuchte sie aktiv einem Trend entgegenzuwirken, der sich mit den Gründungen der 1960er Jahre abzeichnete, nämlich die gezielte Ausbildung akademischer Fachkräfte, etwa für den Lehrerberuf, die am Ende der 1960er zu einem Überangebot an Akademikern auf dem Arbeitsmarkt geführt habe. Die Ausbildung von Fachkräften sollte damit über das Gesamthochschulkonzept am Fachkräftebedarf aller regionalen Verwaltungs- und Wirtschaftsbereiche geschehen. Anstelle einzelner Großuniversitäten, die durch ihre Autonomieansprüche unabhängig und parallel forschten und ausbildeten, sollten die bestehenden Hochschulen, wie Pädagogische Hochschulen, Fachhochschulen aber auch die klassischen Universitäten, organisatorisch in sogenannte Gesamthochschulbereiche zusammengefasst

64 Zwei Jahre später, also 1974, wurde die Fernuniversität Hagen als sechste Gesamthochschule gegründet, auf deren Konzeption hier nicht näher eingegangen werden kann.

65 Vgl. Nordrhein-Westfalen/Landesregierung, Nordrhein-Westfalen-Programm 1975, S. 71.

66 Vgl. Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Hochschulpolitik in Nordrhein-Westfalen, S. 7–18. Vgl. Helge Pross, Das soziale Bild der Siegener Studentenschaft. In: WOLL (Hg.), Fünf Jahre Gesamthochschule Siegen, S. 80–89.

67 Zitiert nach: BUSSMANN/HEITH/GOPPELRÖDER, Chronik 1972–1997, S. 102.

68 Vgl. RIMBACH, Vom Reformmodell zur modernen Universität, S. 106.

werden. Diese Gesamthochschulbereiche sollten sich mit den anderen Landeshochschulen abstimmen und eigene Forschungsschwerpunkte entwickeln. Diese Abstimmung sollte zu einer gleichmäßigen Verteilung von Forschungs- und Lehraufgaben im Land beitragen, sodass nicht fünf teure ‚Volluniversitäten‘ errichtet werden mussten.⁶⁹

Damit war mit dem Gesamthochschulkonzept keine Anlage von fünf Einzelinstitutionen vorgesehen, sondern es sollte bis in die 1980er Jahre hinein als zusammenhängendes Hochschulkonzept etabliert werden, das den bisherigen Bildungsraum langfristig neu strukturieren sollte, der durch seine heterogenen und sich dem politischen Zugriff entziehenden Universitätsstrukturen mit zur Entwicklung einer „zersiedelten Landschaft“⁷⁰ im Land beigetragen habe.⁷¹

Die Städte und das Land

Die Umsetzung dieser landespolitischen Ziele und der damit verbundene Plan einer Neuordnung des Hochschulraumes verformten sich in den eigenlogischen Aushandlungen auf der lokalen Ebene. Die politischen Eigeninteressen der Städte und die vorhandenen räumlichen Gegebenheiten erlaubten an vielen Orten die Durchsetzung dieser Ziele nicht. Viel eher lassen sich unterschiedliche Anpassungs- und Durchsetzungsstrategien erkennen, in denen städtische Interessen und jene, die das Land mit der Errichtung der Gesamthochschulen verfolgte, sich miteinander verschränkten. Dieses spannungsreiche Verhältnis fasste Gerhard Rimbach, als Gründungsrektor der Gesamthochschule Siegen, rückblickend zusammen und schilderte, dass in allen Gründungsstädten die „Überzeugung, eine leistungsfähige Universität zu brauchen“ konsentrierte Meinung war, da „eine Universität [...] die Wettbewerbssituation ihrer Region zu verbessern“ versprach.⁷² Jedoch sei „ein darüberhinausgehendes Interesse [...] nicht intendiert. Die mit einer grundlegenden Reform verbundenen Diskussionen und Konflikte stießen deshalb eher auf Skepsis und Unverständnis“⁷³.

Die Aussage des Siegener Gründungsrektors steht stellvertretend für viele Auseinandersetzungen und Aushandlungskonflikte, die die Beziehung von Gesamthochschule und Region nachhaltig beeinflussten. So sind als Einflussfaktoren die Orientierung der Stadträte an gängigen Universitätsleitbildern ebenso zu nennen wie das negative Bild von Studierenden in der medialen Öffentlichkeit, das durch die 68er-Bewegung geprägt war, und schließlich die Interessen der Industrie und Wirtschaft,

69 Vgl. RIMBACH, Vom Reformmodell zur modernen Universität, S. 156–164.

70 GEISLER, Hochschulstandorte, Hochschulbesuch, S. 13.

71 Vgl. Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Hochschulpolitik in Nordrhein-Westfalen.

72 RIMBACH, Vom Reformmodell zur modernen Universität, S. 106.

73 Ebenda, S. 105.

die mit den Hochschulen eigene Ausbildungs- und Bildungsinteressen verbanden. Hinzu kommen zivilgesellschaftliche Interessengruppen, die sich schon früher in den Städten formiert hatten. So setzen sich in sogenannten Freundesgesellschaften organisierte Akademiker, Vertreter der Städte, der Politik, der Industrie und der Wirtschaft für die Gründung einer Hochschule in ihren Städten ein.⁷⁴ Diese Gesellschaften gab es in unterschiedlicher Präsenz teilweise schon seit den 1950er Jahren. Der spätere Wissenschaftsminister Johannes Rau war in seiner Heimatstadt Wuppertal an der Gründung der „Wissenschaftlichen Gesellschaft“ beteiligt. Diese Gesellschaften verfolgten beispielsweise das Ziel, ihrer Städte öffentlich aufzuwerten sowie eine Institution für die Ausbildung von Fachkräfte in Kooperation mit lokalen Unternehmen.⁷⁵

Eine andere Gruppe, die sich neben den politischen und wirtschaftlichen Gruppen organisierte, waren reformorientierte Studierende der ansässigen Pädagogischen Hochschulen, der Ingenieurs- und Fachhochschulen, die etwa in Essen mit der Gesamthochschule die Hoffnung auf Gleichstellung ihrer Abschlüsse mit denen der Universität verbanden. Sie setzen sich beispielsweise für die Umsetzung einer gerechten Gesellschaft über die Auflösung von Bildungshindernissen ein, was zu innerstädtischen Konflikten zwischen den Studierenden und der Stadt führte. Die Studierenden warfen beispielsweise den Essener Kommunalpolitikern vor, von den Reformzielen abzuweichen, da die Wahl des Hochschulstandortes auf einer Industriebrache, hinter einem Bahndamm, zum Zweck der Stadtteilsanierung die künftige Gesamthochschule und die Stadt voneinander trennen würde und zudem für Studierende aus den Nachbarstädten, wie etwa Mühlheim, den Weg zur Gesamthochschule und damit den Zugang zu einem Hochschulplatz erschweren würde. Der Ort im Essener Norden, hinter dem Bahndamm, war damit umkämpftes Terrain, was die Zugänglichkeit, Wahrnehmung und schließlich die Integration der Gesamthochschule in die Stadt aus Perspektive der Studierenden behinderte.⁷⁶ Für die Städte war die Unterbringung der Studierenden in zentralen Wohnheimen ein weiterer Konfliktpunkt. Die Anwohner befürchteten, dass von den Studierenden Unruhen ausgehen würden, weshalb man in anderen Städten dezentrale Unterbringungskonzepte erprobte; die kostengünstige Unterbringung für Studierende von außerhalb, die nicht im Elternhaus wohnen konnten, stellte ein Element der Zugänglichkeit zur Hochschule dar und war damit Teil des Studienreformkonzeptes.⁷⁷

74 Vgl. RIMBACH, Vom Reformmodell zur modernen Universität, S. 104.

75 Vgl. Rainer GRUENTHER, Gründungsrektor Prof. Dr. Rainer Gruenther's Laudatio auf den Ehrensator Johannes Rau (1989). www.presse-archiv.uni-wuppertal.de/html/module/medieninfos/druckansicht/2006/3001_rau_lauidatio.htm (10.4.2017).

76 Vgl. Stadtarchiv Essen (StAE), 1048 - 351.

77 RIMBACH, Vom Reformmodell zur modernen Universität, S. 104–105; vgl. auch: RIMBACH, Integrationsprobleme, S. 30–31.

Wechselwirkungen institutioneller Etablierungsstrategien

Die Gesamthochschulen verstanden sich als Impulsgeber für die Entwicklung in ihren Regionen. Entsprechend betrachteten verschiedene Fachbereiche und Abteilungen der Gesamthochschulen die Region als Forschungsfeld. In inter- und „multidisziplinären“⁷⁸ Instituten sollten die Regionen sowie das Leben in den Regionen und die daraus resultierenden Probleme erforscht oder die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Gesamthochschule gefestigt werden. Einzelne Fachbereiche in Essen beobachteten etwa die sprachlichen Probleme der Menschen der sie umgebenden Stadt und entwickelten ab dem Ende der 1970er Jahre Konzepte, die etwa in den Forschungszweig der „Ausländerpädagogik“ mündeten, in dem neben sprachlichen Problemen, auch Schulprobleme und geeignete Fortbildungsmaßnahmen für Lehrerinnen und Lehrer untersucht wurden. Aus diesen Modellversuchen entwickelten sich bis in die 1980er Jahre Initiativen für Einrichtungen wie das „Institut für Migrationsforschung, Ausländerpädagogik und Zweisprachigkeit“, das seit 1982 neben der Untersuchung der Auswirkungen der Arbeitsmigration auf das Land auch organisierte Betreuungsmaßnahmen für Kinder mit Migrationshintergrund entwickelte. Zu diesen Initiativen gehörte auch die Entwicklung von Lehrangeboten, wie „Deutsch als Fremdsprache“. Anhand der Gründung dieser Institute lässt sich nicht nur eine Verschiebung in den Bildungsdebatten vom „Arbeiterkind“ zunehmend hin zum „Ausländerkind“⁷⁹ beobachten, sondern auch die intendierten Wechselwirkungen und Strategien der Gesamthochschulen und Regionen ablesen. Ein anderes Beispiel sind zahlreiche interdisziplinäre Institute, wie das „Forschungszentrum für multidisziplinäre Analyse und angewandte Strukturoptimierung“⁸⁰, das Optimierungsmethoden für die Ingenieurwissenschaften über die Zusammenarbeit der Mathematik, Wirtschaftswissenschaften und Informatik erforschte. Über diese Institute wandte man sich an die lokalen Unternehmen. Es ließen sich hier weitere Beispiele für Kooperationsformen anführen, die auf die Etablierungsstrategien der Gesamthochschulen verweisen. Wechselseitige Beziehungen spiegelten sich nicht nur auf der Ebene der Forschung in den Gesamthochschulen, sondern auch in der Studienorganisation. So wurden Studiengänge nach dem sogenannten Y-Modell entwickelt, das bis zum Vordiplom nach dem vierten Semester die Option eines langen und kurzen Hauptstudiums bot. Der kurze Ausbildungszweig bot entsprechend anwendungsorientierte Lehreinheiten, die konkret auf Berufsfelder vorbereiten sollten, in dem das Studium durch Praktika und Unternehmenskooperationen

78 Nordrhein-Westfalen/Ministerium für Wissenschaft und Forschung, Gesamthochschulen, Universitäten der Zukunft, 27. Mai 1994, Universität-Gesamthochschule Siegen (Wir im Gespräch 6), Düsseldorf 1995, S. 605.

79 RIMBACH, Vom Reformmodell zur modernen Universität, S. 315.

80 Nordrhein-Westfalen/Ministerium für Wissenschaft und Forschung, Gesamthochschulen, Universitäten der Zukunft, S. 605.

ergänzt wurde. Die Ausgestaltung dieser Studiengänge blieb an vielen Orten allerdings auf der Erprobungsebene.⁸¹

Rückkopplungseffekte

Ab den 1970er Jahren beeinflussten die Interessen der Städte und Bürgerinitiativen die Standortwahl und den Ausbau der Gesamthochschulen. Die Standortdiskussionen spiegeln die politischen Vorstellungen der Akteure wider und hatten auch Auswirkungen auf den Forschungs- und Lehrbetrieb und in Folge dessen auf die Außendarstellung der neuen Hochschulen.⁸² Erst ab 1972 wurden die Gesamthochschulen ausgebaut und mit der Gründung noch im selben Jahr waren viele der geplanten Gebäude noch nicht fertiggestellt. Die Rektorate, die Verwaltungen und die einzelnen Fachbereiche wurden bis zur Fertigstellung der Campusanlagen in den Gebäuden der Vorgängerinstitutionen, also den Fachhochschulen und Ingenieurhochschulen, und in angemieteten städtischen Gebäuden untergebracht.⁸³

Dabei erwies sich die Standortwahl in einigen Städten als langwieriger Diskussionsprozess. Einfluss auf die Diskussion um die neuen Gesamthochschulen hatten die Stadträte, aber auch Bürger und potenzielle Anwohner. Von städtischer Seite fragten sich Bürgermeister und Stadträte, wo ausreichende Flächen für den Ausbau einer Campusanlage und künftigen Erweiterungsmöglichkeit erschlossen werden konnten und ob die zur Verfügung stehenden Gelände mit dem Personennahverkehr zu erreichen seien. Schließlich auch, wie die zu erwartende Zahl künftiger Studierender von außerhalb in den Städten untergebracht werden konnten und welche Auswirkungen dies möglicherweise auf die Stadtentwicklung haben könnten.⁸⁴ Die Stadträte sowie die Bewohnerinnen und Bewohner hatten über die Auswahl der Grundstücke, die dem Land zur Verfügung gestellt werden sollten, die Möglichkeit, direkt Einfluss auf einen Standort zu nehmen. In Essen sollte mit der Hochschule im strukturschwachen Essener Norden der Stadtteil Segeroth saniert werden. Und wie in Duisburg wollte der Essener Stadtrat das Image der Industriestadt durch das Label „Universitätsstadt“ ersetzen, um die „einseitige Wirtschaftsstruktur“ mit positiven Werbeeffekten einer Bildungseinrichtung zu beeinflussen.⁸⁵

Die Zielvorstellungen der Stadträte kongruierten dabei nicht immer mit den Vorstellungen der Anwohner und Bürger. In Duisburg verzögerten sich beispielsweise wegen solcher Problemlagen die Bauarbeiten für

81 Vgl. Günther BÜNAU/Jörg M. WILLS, Naturwissenschaften und Mathematik. In: WOLL (Hg.), Fünf Jahre Gesamthochschule Siegen, S. 118–137.

82 Vgl. RIMBACH, Vom Reformmodell zur modernen Universität, S. 193–194.

83 Vgl. BUSSMANN/HEITH/GOPPELSRÖDER, Chronik 1972–1997, S. 78–80.

84 Vgl. Ebenda, S. 27–29; vgl. auch SCHREY, 1972: Hochschulgründung ohne Mercator-Seekarte, S. 179–180; Helmut SCHREY, Die Universität Duisburg, Geschichte und Gegenwart. Traditionen, Personen, Probleme, Duisburg 1982, S. 15–16.

85 RIMBACH, Vom Reformmodell zur modernen Universität, S. 140.

den neuen Campus der Gesamthochschule bis in die 1980er Jahre. Die Einwohner beklagten sich hier über den Einfluss der neuen Hochschule, deren Ausbauplan das Gelände einer Sportanlage umfasste, was aus Anwohnersicht negative Auswirkungen auf das städtische Leben hätte. So musste in Duisburg der Campus um den bestehenden Sportplatz gebaut werden. In andern Städten beschwerten sich Anwohner über die architektonische Gestaltung der Neubauten. Verglichen zu den architektonischen Konzepten der 1970er Jahre war die Gesamthochschule Duisburg deshalb größtenteils ein Bau der 1980er Jahre und hob sich hierdurch von den anderen Gesamthochschulen ab.⁸⁶ Anstelle eines vom Land in Auftrag gegebenen Typenbaus, der bei allen Gesamthochschulen zum Einsatz kam, wurde für den Duisburger Standort das „Keks Dosenmodell“ aus sich überlagernden Rundbauten entwickelt.

Die baulichen Verzögerungen blieben nicht ohne Folgen für den institutionellen Ausbau, der für die Erprobung der sozialliberalen Studienreform eine wichtige Basis darstellte. So wirkten sich die Duisburger Bauverzögerungen nachteilig auf den Fächerausbau und die Forschungs- und Lehrbedingungen aus, dies war besonders in den Naturwissenschaften, mit einem großen Raumbedarf, der Fall. Die Personalrekrutierung gestaltete sich in der Folge als schwierig: Die Anwerbung profilierter Forscherinnen und Forscher war jedoch essenziell, um sich in der wissenschaftlichen Öffentlichkeit zu profilieren und die Anerkennung der Gesamthochschulen als Forschungseinrichtungen generell voranzutreiben.

Die Rektorate versuchten diese Nachteile auszugleichen und waren ab der Mitte der 1970er Jahre darum bemüht, sich und ihre Gesamthochschulen aktiv über Forschungs- und Lehrprogramme in den Regionen zu etablieren. Die Gründungsrektoren arbeiteten etwa an Publikationen, die die Verbindung der Gesamthochschule mit der Stadt betonten und machten öffentlich, was die Gesamthochschulen konkret für die jeweilige Stadt leisteten. Sie verbanden in diesen Publikationen häufig das Traditionsinventar klassischer Universitäten und der Städte mit dem Reformnarrativ des Gesamthochschulkonzeptes, um diskursiv zwischen Stadt und Gesamthochschule eine Brücke zu schlagen.⁸⁷ Denn die Gesamthochschulen als Hochschuleinrichtung waren den meisten Duisburgern, Essener, Paderbornern, Siegenern und Wuppertalern unbekannt. Der Rektor der Gesamthochschule Duisburg, Helmut Schrey, sprach daher in seinen Reden und Publikationen von „Universität“ und richtete sich damit an die Duisburger „Eltern und Jugendliche“ und warf die Frage auf, „ob sie es mit dieser Hochschule einmal wagen sollen, d.h. mit einer Universität, die offenkundig zumindest auf den ersten Blick, nur noch wenig mit dem gemeinsam hat, was man sich aus eigener Erinnerung oder aus Erzählungen

86 Vgl. BUSSMANN/HEITH/GOPPELSRÖDER, Chronik 1972–1997, S. 110.

87 Vgl. SCHREY, Die Universität Duisburg, S. 15–16.

anderer unter einer ‚Universität‘ vorstellt.“⁸⁸ Um diese Vorstellung genauer zu umreißen, verknüpfte Schrey beispielsweise die kurze Geschichte der Gesamthochschule mit der Geschichte der Stadt Duisburg als Industriestadt und machte auf die historische Bedeutung einer Hochschulgründung im Ruhrgebiet aufmerksam, in dem er das politische Bild der exkludierenden Landesstrukturen nutze, die noch aus preußischer Zeit fortbeständen:

„Aus dem Landstädtchen, das einmal vor nicht allzu langer Zeit noch eine kleine Universität beherbergt hatte, war nun eine Industrie- und Arbeiterstadt geworden, eingebettet in ein gigantisches Industrieviertel, das der preußische Staat sowohl von Kasernen als bezeichnenderweise auch von – Universitäten vorsätzlich freizuhalten gedachte. Auch höhere staatliche Behörden wurden dem Revier damals nicht zugestanden. Bis heute wird es denn auch von Regierungspräsidenten verwaltet, die außerhalb seiner Grenzen ihren Dienstsitz haben: in Düsseldorf, Arnsberg, Münster. Industriegebiet sollte damals Industriegebiet bleiben, sonst nichts.“⁸⁹

Mit dem betonten Aufgreifen einer Tradition orientierte man sich aber gleichzeitig an der Traditionsbildung der klassischen Universitäten. Die Rektorate der Gesamthochschulen, wie jenes des Duisburger Standortes, hofften die Attraktivität der Institution und die innerinstitutionelle und städtische Identifikation somit zu steigern. Damit sahen sich besonders die Gesamthochschulrektorate in Duisburg und Paderborn mit den Spannungen zwischen der Repräsentation sozialliberaler Reformen und einer wissenschaftlichen Tradition konfrontiert, von der sich die Landespolitik dezidiert absetzen wollte. Die Rektorate der Gesamthochschulen nutzten die Möglichkeiten, die sich aus den Leerstellen der ministeriellen Vorgaben ergaben. Auf die Interessen ihrer Institutionen und Mitarbeiter achtend versuchte das Rektorat in Duisburg an eine „vorhumboldtsche“ wissenschaftliche Tradition anzuknüpfen.⁹⁰ Diese institutionellen Eigeninitiativen verfolgte das Wissenschaftsministerium argwöhnisch. Ministerialbeamte waren daher seit Gründungsphase darauf bedacht, auf die einheitliche Außendarstellung des Gesamthochschulkonzeptes zu beharren, da vor allem die regionalen Verbindungen der Gesamthochschulen, etwa durch ihre Namensgebungen, wie Gesamthochschule Essen, Gesamthochschule Duisburg oder Gesamthochschule Wuppertal, hervorgehoben werden sollten.⁹¹

Das Experimentieren mit Traditionsnarrativen und historisierenden Namensgebungen wurde entsprechend vom Ministerium aber auch von reformorientierten Gesamthochschulanhängern als Versuch des Ausscherens und als Wettbewerbsstrategie gewertet. Aus der Perspektive der Gesamthochschulanhänger untergruben diese Rektorate mit ihren

88 SCHREY, Die Universität Duisburg, S. 5.

89 Ebenda, S. 10.

90 RIMBACH, Vom Reformmodell zur modernen Universität, S. 103.

91 Vgl. Ebenda, S. 378 f.

eigenständigen und unkoordinierten Maßnahmen öffentlich das Gesamthochschulkonzept. Diese Spannungen ließen sich auch nicht auflösen, als die Gesamthochschulen ab 1980 den Zusatz „Universität“ im Namen tragen durften, um die Gleichstellung mit der klassischen Universität zu betonen. An manchen Orten blieben solche Initiativen bis in die 1990er Jahre ein Streitpunkt zwischen den Gesamthochschulen und dem Wissenschaftsministerium. An diesen Spannungen zwischen lokalen Etablierungsinteressen und ministeriellen Rahmenvorgaben lässt sich aber die wahrgenommene Notwendigkeit zur Orientierung am Leitbild klassischer Universitäten aufzeigen. Eine Situation, die durch die Rahmenbedingungen der Gesamthochschulgründung selbst geschaffen und andererseits durch die vorhandene dichte Hochschulstruktur im Ruhrgebiet und dem damit steigenden Wettbewerb um Personal, Studierende und materielle Ressourcen verstärkt wurde.⁹²

Schlussbemerkungen: Neue „Strukturen“ und die „Hochschullandschaft“

Ab den 1980er Jahren differenzierten Vertreter der Landesregierung die „neue Hochschulstruktur“ nicht mehr eindeutig von den bestehenden Hochschulen, wie noch zu Beginn der 1970er Jahre. Häufiger nutzte das Ministerium in hochschulpolitischen Schriften die Metapher der „Hochschullandschaft“⁹³. Mit dem Landschaftsbegriff ließ sich das Gesamthochschulkonzept sprachlich auf eine Ebene mit den klassischen Universitäten stellen und die institutionellen Unterschiede überblenden, er betonte sogar die Heterogenität des nordrhein-westfälischen Hochschulraumes als Grundlage des Wettbewerbs. Damit markiert der Begriff ‚Hochschullandschaft‘ zugleich einen veränderten Blick auf den Landesraum weg von einer sozialliberal steuernden hin zu einer wettbewerbsbetonenden Hochschulpolitik. Hierdurch konnte auch das Scheitern einer grundlegenden Neuordnung des Hochschulraumes über ein vereinheitlichendes Gesamthochschulkonzept, das sich in seinen Plänen durch die lokalen Interessen verformte, sprachlich ausgeblendet werden. Der Begriff ist damit als politischer Kompromissbegriff zu lesen, der nicht nur zwischen den hochschulpolitischen Positionen vermittelte, sondern auch zwischen Gesamthochschule und Region. Er schloss die lokal ausgehandelten Entscheidungsprozesse der Städte und ihrer Bewohner als Rückkopplungseffekte in die hochschulpolitische Ausrichtung des Landes ein.

92 Vgl. Timo J. CELEBI, Der Name Gerhard Mercator und die Umbenennungsdebatten der Universität-Gesamthochschule Duisburg, 1972–1994. In: Stadtarchiv Duisburg (StADu)/Mercator-Gesellschaft (Hg.), Gerhard Mercator. Vorläufer, Zeitgenossen, Nachwirkungen (Duisburger Forschungen 59), Duisburg 2013, S. 301–334.

93 Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Handbuch, S. 11.

Timo Celebi, Le “zone bianche” sulla mappa universitaria e i tentativi di riorganizzazione regionale del Nord Reno-Westfalia attraverso il “Piano delle università integrate” degli anni Sessanta e Settanta

Il “Piano delle università integrate” del Nord Reno-Westfalia degli anni Sessanta e Settanta combinava finalità formative e socio-politiche secondo i metodi di pianificazione dello studio degli spazi. Venne infatti realizzato in quei distretti del Land che in precedenza erano stati indicati nelle mappe universitarie come “zone bianche”, ovvero “spazi privi di istituti di istruzione superiore”.

Sulla scia di una generale riforma delle università e della loro ridistribuzione territoriale, il piano rappresentava per i suoi promotori un moderno superamento del concetto classico di università, che fino ad allora nel Nord Reno-Westfalia si fondava su modelli humboldtiani e ottocenteschi. Il piano fu attuato tra il 1972 e il 1985 a Duisburg, Essen, Paderborn, Siegen e Wuppertal, sotto le parole d'ordine di “pari opportunità”, “democratizzazione” e “regionalizzazione”. Venne inteso come un coerente piano di riforma di pianificazione istituzionale e spaziale; uno strumento di orientamento socio-politico che avrebbe dovuto rendere più saldi i rapporti tra università e territorio.

Entro la fine degli anni Ottanta, le università integrate avrebbero dovuto riunire sotto lo stesso tetto istituzionale le università e le scuole superiori esistenti, al fine di garantire su tutto il territorio del Land un'equivalente offerta di percorsi formativi, sia pratici che teorici. La distribuzione delle università integrate nel Nord Reno-Westfalia rappresentava per i sostenitori del progetto un nuovo spazio educativo, che avrebbe promosso una moderna pianificazione dello stato sociale, un cambiamento strutturale a livello regionale, una compensazione sociale e infine la competitività scientifica a livello internazionale.

Il concetto delle università integrate e quindi il nuovo spazio formativo non poterono tuttavia imporsi sulle università classiche. Lungo gli anni Ottanta esso venne pertanto sostituito nelle pubblicazioni governative sempre più dall'indicazione di “panorama dell'istruzione superiore”, insieme alle altre tipologie di istituti esistenti nel Land.

La concezione di politica universitaria e di gestione dello spazio che caratterizza il concetto delle università integrate fornisce così un buon punto di partenza per indagare il rapporto tra università e regione. Soprattutto le discussioni riguardo alla pianificazione sulle possibili collocazioni nel Land e nelle città rivelano gli interessi che muovono i numerosi attori che vengono inevitabilmente toccati a livello socio-politico dalla fondazione di un'università. Esperti di pianificazione, politici regionali e locali, abitanti delle città: ciascuno aveva i propri interessi *pro* e *contra* un'università nella propria città o distretto e li negoziava nelle discussioni riguardo alla pianificazione.

Il contributo mira a focalizzare possibili prospettive di indagine che – accanto ai problemi istituzionali e di politica universitaria – considerino gli

aspetti spaziali come fattori condizionanti nella relazione tra università e regione. Quali erano gli interessi perseguiti dagli attori a livello locale attraverso la fondazione di un'università? A che cosa miravano gli attori politici attraverso l'istituzione di uno spazio educativo integrato? Quali strategie svilupparono e come questi interessi pesarono nelle trattative, ad esempio sul piano dell'attuazione della riforma dell'istruzione superiore e della realizzazione dello spazio educativo?